

DGB: Rente mit 67 stoppen!

Die Rente mit 67 – so die einmütige Sicht – sei nichts anderes als eine reine Rentenkürzung, solange die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaum eine Chance habe, tatsächlich zwei Jahre länger zu arbeiten.

Die Rente mit 67 belaste außerdem den Arbeitsmarkt und erhöhe das Risiko, im Alter noch Hartz-IV-Empfänger zu werden. Annelie Buntenbach, im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Sozialpolitik zuständig: „Bevor über eine Anhebung des Renteneintrittsalters entschieden werden kann, muss zuerst der Arbeitsmarkt in Ordnung gebracht werden.“ Nach den Plänen der Bundesregierung soll ab 2012 die Altersgrenze angehoben werden. Diese Zeitspanne sei viel zu kurz, um die Arbeitsmarktsituation, insbesondere für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich zu verbessern. Der DGB fordert deshalb, die Rente mit 67 zu stoppen. Stattdessen müsse mehr reguläre Beschäftigung ge-

Am 9. März 2007 soll der Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Altersgrenzenanpassungsgesetz – also die Rente mit 67 – beschließen; am 30. März 2007 geht es in den Bundesrat, und bereits am 1. Mai 2007 soll das Gesetz in Kraft treten.

Derweil werden der DGB und seine Gewerkschaften nicht müde, für ihre Alternativen zu werben und ihre grundsätzliche Kritik an der Heraufsetzung des Rentenalters zu bekräftigen. Anlässlich der für den 26. Februar 2007 geplanten Bundestagsanhörung haben sie am Berliner Reichstag eine „alternative Anhörung“ vorbereitet (Termin liegt nach dem Redaktionsschluss).

fördert und müssen die sozialen Sicherungssysteme so reformiert werden, dass sie den Anforderungen einer längeren Lebensarbeitszeit gerecht werden.

Alternative Konzepte

Dazu gehören aus Sicht des DGB zum Beispiel gesetzliche Regelungen für flexible Übergänge. Deshalb drängt der DGB auf eine Nachfolgeregelung für die

2009 auslaufende Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit. Außerdem müsse die Erwerbsminderungsrente verbessert werden, damit diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden, nicht zusätzlich durch Rentenabschläge bestraft werden.

Das gesetzliche Rentenalter beträgt gegenwärtig 65 Jahre. Das tatsächliche Rentenalter liegt aber

bei durchschnittlich 60,2 Jahren. Nur 38 % der über 55-Jährigen haben einen Job. Bei den Männern zwischen 60 und 65 ist es ein Drittel. Bei den Frauen beträgt der Anteil sogar nur 20 %. Mehr als die Hälfte der Betriebe beschäftigen keine Menschen über 50 Jahre.

Die Höhe der gesetzlichen Rente liegt im Schnitt bei 59 % vom letzten Nettoeinkommen. Wer vor dem 65. Lebensjahr in Rente geht, muss Abschläge von 0,3 % pro Monat in Kauf nehmen.

Beispiel:

Ein so genannter „Eckrentner“ (45 Beitragsjahre mit durchschnittlichem Arbeitsentgelt), der mit 65 Jahren in Rente geht, erhält 1.176

So lange arbeiten die Deutschen wirklich: Kohlenbergbau: 51,3 Jahre, Post 55,6 Jahre, Textilindustrie 56,1 Jahre, Bauhauptgewerbe 56,8 Jahre, Eisen- u. Stahlerzeugung 57,7 Jahre, Druckerei 58,5 Jahre, Bahn 59,1 Jahre, Schifffahrt 59,8 Jahre, Öffentlicher Dienst 61,3 Jahre, Gastgewerbe 61,3 Jahre, Medien 62,3 Jahre, Dienstleistungen 65,5 Jahre (Quelle: Ruhestands-Studie Deutsches Institut für Altersvorsorge, Februar 2006).



Euro monatlich, im Osten 1.034 Euro. Wenn er mit 62 Jahren aufhört, bekommt er nur noch rund 979 Euro (im Osten 861 Euro). Die 45 Beitragsjahre werden aber nur von 29,8 % aller Männer und 10,7 Jahren aller Frauen erreicht (Zahlen von 2004).

Das geplante Prozedere

Das Rentenalter soll ab 2012 schrittweise auf 67 Jahre erhöht werden. Der Prozess soll spätestens bis 2029 abgeschlossen werden. Ab 2012 wird das Rentenalter um jeweils einen Monat nach hinten verschoben, danach sechs Jahre lang jeweils um zwei Monate. Dadurch will die Bundesregierung die Rentenkassen entlasten, den Beitragssatz unter 20 % und den Bundeszuschuss stabil halten.

kör.